

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15

Telefon: 5121480

Telefax: 513375872

An die
Parlamentsdirektion

Wien, am 17. November 1993
Hö

Parlament
1017 Wien

Schrift GESETZENTWURF

-GE/19-

Datum: 18. NOV. 1993

19. Nov. 1993

Baumg.

Bezug: Zl. 212.033/5-II/I-1993

St. Klausgruber

Betr.: Privatbahnunterstützungsgesetz 1988;
Novellierungsentwurf

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich, in der Beilage
25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu übermitteln.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

Der Präsident:

Robert Hink
wHR. Dr. Robert Hink

Franz Romeder
Präsident des NÖ Landtages

Beilage

ÖSTERREICHISCHER GEMEINDEBUND

A-1010 Wien · Johannesgasse 15
Telefon: 5121480
Telefax: 513375872

An das
Bundesministerium für
öffentliche Wirtschaft und Verkehr

Wien, am 17. November 1993
Hö

Radetzkystraße 2
1031 Wien

Bezug: Zl. 212.033/5-II/1-1993

Betr.: Privatbahnunterstützungsgesetz 1988;
Novellierungsentwurf

Der Österreichische Gemeindebund beehrt sich folgende Stellungnahme abzugeben:

Eine finanzielle Beteiligung der Gemeinden als Voraussetzung für die Gewährung von Bundesmitteln für Erhaltungskosten bzw. von Förderungsmitteln für Investitionen ist schon aus Gründen der Kompetenz abzulehnen.

Die einzelne Gemeinde ist sicher an einem entsprechenden Eisenbahnnetz bzw. an einem funktionierenden Eisenbahnbetrieb interessiert. Eine Eisenbahnlinie bezieht sich aber nicht auf eine einzelne Gemeinde allein bzw. auf das örtliche Interesse einer Gemeinde. Bei einer Eisenbahnlinie kann man nur von überörtlichen Interessen sprechen. Die Wahrnehmung überörtlicher Interessen kann nicht in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fallen.

Nicht aus mangelndem Interesse, sondern aus Gründen der Zuständigkeit muß die Bedingung der Leistung von Gemeindebeiträgen sowohl dem Grunde als auch der Höhe nach entschieden abgelehnt werden.

Es muß nicht extra betont werden, daß die Gemeinden auf Grund der Veränderungen, dh der Verschlechterungen der Einnahmensituation kaum mehr in der Lage sind, ihre örtlichen Interessen wahrzunehmen und ihren Verpflichtungen nachzukommen. Darüber hinausgehende Zahlungen können die Gemeinden nicht verkraften. Sollte es bei der im Entwurf vorgesehenen unabdingbaren Bedingung der Beteiligung der Gemeinden bleiben, ist bereits über das Schicksal der Privatbahnen entschieden.

Für den Österreichischen Gemeindebund:
Der Generalsekretär:

WHR.Dr.Robert Hink

Der Präsident:

Franz Romeder
Präsident des NÖ Landtages